

Erzgebirgischer Volksfreund.

Tage- und Amtsblatt

für die Gerichtsämter Grünhain, Johannegeorgenstadt, Kirchberg, Schwarzenberg und Wilbenfels; so wie für die Stadträthe. Aue, Elsterlein, Grünhain, Hartenstein, Johannegeorgenstadt, Kirchberg, Löbnitz, Neustädtel, Schwarzenberg, Wilbenfels und Zwönitz.

N^o 126 Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags Freitag, den 3. Juni. Insetionsgebühren die gespaltene Corpus-Seite 1 Rgr. 1864.
Preis vierteljährlich 15 Ngr. — Inseraten-Aannahme für die am Abend erscheinende Nummer bis Vormittags 11 Uhr.

(2835)

Holz = Auction.

Im Gasthose zu Nautenfranz sollen

Sonnabend, den 11. Juni dieses Jahres,

von Vormittags 9 Uhr an,

folgende im **Sachsegrunder** Forstrevier aufbereiteten Hölzer, als:

- 53 weiche Stämme von 4½ bis 6½ Zoll Mittenstärke,
- 1690 weiche Klöcher 7 bis 27 Zoll, oben stark,
- 28 Stück 6 Zoll. weiche Stangen,
- 1 weiche Zell. Nutzklaster III. Classe,

in den Bezirken Pyrawald und Harzweg,

einzelu und partienweise gegen sofortige Bezahlung und unter den vor Beginn der Auction bekannt zu machenden Bedingungen an die Meistbietenden versteigert werden.

Wer die zu versteigernden Hölzer vorher besehen will, hat sich an den Herrn Oberförster Berger in Morgenröthe zu wenden oder auch ohne Weiteres in die genannten Waldorte zu begeben.

Königliches Forstverwaltungsamt Auerbach,

den 27. Mai 1864.

A. Schumann.

F. Loepelmann.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Wien, 29. Mai. Die „Presse“ meint: „Es ist unverkennbar, daß in Kopenhagen die einen Augenblick lang erschütterte Stellung von Monrad und Genossen sich wieder befestigt und den Einfluß des einer Versöhnung sehr geneigten Königs paralytirt hat. So lange die Westmächte in Kopenhagen nicht stark genug sind, die eiderdänische Partei zu stürzen, bleiben alle Bemühungen der Conferenz prekär, denn diese eiderdänischen Politiker, welche schon so viel Unglück über Dänemark gebracht haben, wollen heute noch ganz dasselbe, was sie vor dem Kriege angestrebt, und so lange sie sich am Ruher befinden, ist mit dieser tollgewordenen Kopenhagener Regierung eine vernünftigerer Auseinandersetzung nicht möglich. Darin liegt die Hauptschwierigkeit, und wenn England seine Canalflotte nach Kopenhagen schickte, um den König Christian in die Lage zu versetzen, ein gemäßigtes Ministerium zu ernennen, ohne Gefahr zu laufen, von der fanatisirten Bevölkerung davongejagt zu werden, so würde es mit dieser Maßregel der Sache des Friedens und der Gerechtigkeit mehr Vorschub leisten, als dies mit allem Wuthgeschrei der englischen Presse und Parlamentsredner gegen Deutschland und mit allen lahmen Transactions-Vorschlägen Carl Russell's bis jetzt der Fall war.“

Karlsbad, 26. Mai. Die Ankunft des Königs von Preußen hier selbst ist jetzt auf den 12. Juni festgesetzt, und ist schon ein großes Quartier für ihn von diesem Termine an gemiethet. Der Minister-Präsident v. Bismarck wird den König hieher begleiten. Man erwartet hier sicher, daß auch der Kaiser von Oesterreich und vielleicht auch der Kaiser von Rußland auf einige Tage hieher kommen werden, um mit dem Könige von Preußen eine Zusammenkunft zu halten.

Wien, 31. Mai. Die „Generalcorrespondenz“ erhält aus London die Notiz, daß man in Diplomatentreisen den Bestand des Ministeriums Palmerston-Russell für ernstlich bedroht hält. Es finde sogar die Ansicht Vertreter, daß das Whigministerium die Lösung der deutsch-dänischen Frage nicht mehr erleben werde.

Preußen. Berlin. Der Magdeb. Zeitung wird ganz verständig von hier geschrieben: „Das Project einer Theilung Schlesiens ist, bevor man nicht in irgend welcher Weise eine Abstimmung der Bevölkerung herbeigeführt hat, als ein völlig hallofes zu betrachten. Man sagt freilich, mit demselben Rechte, wie die Deutschen in den Herzogthümern von dänischer Herrschaft frei zu sein wünschten,

könnten die Dänen verlangen, nicht unter deutsche Vormachtigkeit zu kommen. Es wäre unklug, wollten wir diesem Raisonnement nur mit dem historischen Rechte der Herzogthümer, ungetheilt zu bleiben, entgegnetreten; denn so fest wir auch von der Gültigkeit dieses Rechtes überzeugt sind, so wenig sind wir im Stande, dem Auslande, das durchweg anderer Ansicht ist, unsere Ueberzeugung beizubringen, und dann verlieren ja auch die sichersten und besten historischen Rechte ihre Bedeutung, wenn sie mit der lebendigen Gegenwart, mit den Wünschen und Interessen der Bevölkerung in Widerspruch treten. Vor allen Dingen ist es nöthig, die Bewohner Schleswig-Holsteins endlich zu einer unanfechtbaren Erklärung zu veranlassen, ob sie deutsch oder dänisch sein wollen.“

Kassel, 29. Mai. Auf die Rechtsverwahrung der Mitglieder der Ständeversammlung in Betreff Schleswig-Holsteins, welche unmittelbar dem Vertreter des deutschen Bundes bei der Conferenz zu London, Herrn v. Beust, zugesandt worden war, hat derselbe an den Präsidenten Rebetthau ein Schreiben gerichtet, worin er sagt:

„Ich habe in dieser ganzen Kundgebung mit Freude einen neuen Beweis dafür erblickt, daß die deutschen Ständekammern, in Uebereinstimmung mit den deutschen Regierungen, fest entschlossen sind, die gute Sache Schleswig-Holsteins und den Standpunkt, welchen sie als den dem Rechte und den Interessen der Nation entsprechenden erkannt haben, unter keinen Umständen fallen zu lassen. Es bedarf kaum der Bemerkung, daß ich nur dankbar dafür sein kann, wenn mir durch solche Kundgebungen der Besinnung in Deutschland meine Aufgabe, jenen Standpunkt auf der Conferenz zu vertreten, erleichtert wird. Was in meinen Kräften steht, wird geschehen, um dem deutschen Rechte und dem deutschen Interesse in den Herzogthümern bei den Verhandlungen der Conferenz den Sieg zu verschaffen.“

Schleswig-Holstein.

Hamburg, 31. Mai. Nach einem Telegramm der „Hamb. Börse“ aus Kiel ist der Herzog Friedrich heute Nachmittag nach Berlin und Dolzig abgereist.

In Kiel wird ein zweiter Annexionsaufruf verbreitet, der wieder von — Breslau gekommen ist. Als eine Probe der Mittel, durch welche man die Bevölkerung der Herzogthümer fixiren zu können glaubt, mag das Nachwerk hier stehen:

Schleswig-Holsteiner! Der jüngst verbreitete Aufruf: „Schleswig-Holsteiner!“, hat leider in verschiedenen Zeitungen aus Parteilichkeit nicht die volle patriotische Würdigung gefunden. Um nun jeder weiteren Mißdeutung vorzubeugen, diene noch Folgendes zur Erklärung: Es ist in dem Aufrufe angenommen, daß vorerst die Landesabstimmung das legitime Recht des Herzogs Friedrich als Herzog von Schleswig-Holstein bestätige, und daß alsdann Herzog Friedrich selbstverständlich mit Zustimmung seines Volkes, seine Regierungsgewalt an die Krone Preußen übertrage, so wie es bereits 1850 die